

Bild der Woche Mehr als tausend Worte



Samstag, 16. Jänner, Heldenplatz: Tausende Menschen demonstrieren in der Wiener Innenstadt gegen die Covid-Maßnahmen der Regierung, darunter auch eine Performance-Gruppe hinter Masken

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Worüber Wien...

... redet

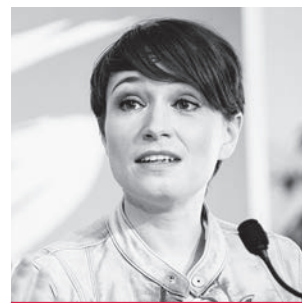
Tierschützer, Ethik-Vermittler und Impfgegner



Am Montag startete die Eintragungswoche für drei Volksbegehren. Bis 25. Jänner kann man die Forderungen nach mehr Tierschutz, einem verpflichtenden Ethikunterricht in Schulen und „Für Impf-Freiheit“ unterzeichnen.

... staunt

Der Umbau im Grünen Klub



Die grüne Klubchefin Sigrid Maurer bekommt neue Vizes: Olga Voglauer und Meri Disoski ersetzen Ewa Ernst-Dziedzic und Astrid Rössler. Grüne dementieren Gerüchte, der Tausch erfolge wegen Streitigkeiten in der Flüchtlingspolitik.

... reden sollte

Verzögerte Flüchtlingshilfe



Die Bundesregierung will eine Tagesbetreuungsstätte für geflüchtete Kinder auf Lesbos finanzieren. Doch das Projekt verzögert sich. Mitarbeiter von SOS-Kinderdorf dürfen aufgrund von Corona nach wie vor nicht ins Camp Kara Tepe.

IMMER WIEDER LOCKDOWN: DIE WICHTIGSTEN FAKTEN, SEITE 12

Dolm/Herz der Woche

Impfdosen gegen Corona sind knapp, zuerst sollten sich deshalb einmal jene Menschen impfen lassen können, die es am nötigsten haben. Also alte Menschen in Pflegeheimen und Josef Bleckenwegner.

Bleckenwegner ist nämlich Bürgermeister der systemrelevanten Gemeinde Eberschwang im Innviertel, die zwischen der Gemeinde Geiers-



Josef Bleckenwegner
Der Bürgermeister ließ sich im Altenheim impfen

berg und dem Ort Hinterschlagen liegt. Der SPÖ-Gemeindechef ließ sich in einem Altenheim impfen. Der Krisenstab des Landes kritisiert, die Vorreihung sei nicht von den Vorgaben gedeckt. Das hätte Bleckenwegner auch vom geimpften IKG-Präsident Oskar Deutsch wissen können, dem mittlerweile der Rücktritt nahegelegt wird. Bleckenwegner hat nun selbst seinen ersten Nachahmer: Auch Wolfgang Matt, ÖVP-Bürgermeister aus Feldkirch, ließ sich stechen.

Am Apparat Telefonkolumne

Was bringt die Neuregelung der Kettenverträge, Herr Tantner?

Mindestleistung für Studierende, Entmachtung der Senate, Verjährung von Plagiaten: Es hagelt Kritik gegen die Novelle des Universitätsgesetzes, deren Begutachtungsfrist vergangene Woche endete. Umstritten ist etwa eine Neuregelung, der Kettenverträge. Sie besagt, dass maximal acht Jahre in nicht mehr als drei befristeten Arbeitsverhältnissen an einer Institution gearbeitet werden darf. Bislang konnte man durch Anstellungspausen diese Grenze umgehen. Warum Lehre und Forschung auch nach der Novelle prekär bleiben werden, erklärt Anton Tantner von der IG LektorInnen.

Die Neuregelung der Kettenverträge soll die Unis dazu animieren, Verträge nicht mehr zu befristen. Warum halten Sie diese „Entfristung“ für unrealistisch, Herr Tantner?

Weil es keine Anreize für die Unisitäten gibt zu entfristen. Man könnte etwa sagen: mehr Entfristungen, und dafür ein höheres Budget. Oder das Ministerium könnte in die Leistungsvereinbarungen hineinschreiben, dass ein gewisser Prozentsatz an unbefristeten Arbeitsverhältnissen vorgesehen ist.

Laut Universitätsbericht 2017 sind 78 Prozent des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals befristet angestellt. Warum sind es so viele?

Die Unis haben Angst davor, zu viele unbefristet anzustellen, weil man glaubt, die kriegt man nie mehr los – und sie tun nichts. Das ist ein Vorurteil aus der Zeit, als es noch Verbeamtungen gab; es stimmt damals wie heute nicht. Außerdem wird argumentiert, man könne auf unterschiedliche Studierendenzahlen leichter reagieren. Es sollen nicht alle Arbeitsverhältnisse unbefristet sein. Aber selbst wenn die Unis das Verhältnis umkehren, könnten sie flexibel genug reagieren

Sind Befristungen nicht auch ein Anreiz, die Mobilität unter Wissenschaftlern zu fördern?

Wenn man, so wie ich, für vier Stunden Lehre pro Semester angestellt ist, muss man ohnehin an mehreren Universitäten unterrichten. Dabei gibt es keine Rücksicht auf andere Verpflichtungen. Vor allem jene mit Betreuungspflichten sind benachteiligt. Das trifft hauptsächlich Frauen.

ANRUF: ANNA GOLDENBERG

FOTOS: MARKTGEMEINDE EBERSCHWANG, APA/ROLAND SCHLAGER/GEORG HOCHMUTH, APA/AFI/ANTHONI PAZIANOU